

Hope M. Harrison

Chruschtschow, Ulbricht und der Streit um die Berliner Mauer

Der Bau der Berliner Mauer, die mehr als 28 lange Jahre als düsteres Symbol deutsch-deutscher Teilung die Stadt zerschnitt, jährte sich jüngst zum 50. Mal. Spätestens 1953 lagen die ersten ostdeutschen Pläne für den Mauerbau vor. Bereits kurz nach Stalins Tod bat Walter Ulbricht in Moskau um Unterstützung für seinen Plan einer Abriegelung der DDR von West-Berlin, stieß aber auf Widerstand der neuen Sowjetführung. Erst acht Jahre später lenkte der Kreml ein.

Nachdem die Grenzen zwischen BRD und DDR im Sommer 1952 befestigt wurden, war Berlin der einzige Ort in Deutschland, an dem sich Deutsche frei zwischen Ost und West bewegen konnten. Es war Ulbrichts Idee, dieses »Loch« zu stopfen und somit den Ostdeutschen die Flucht in den Westen via Berlin zu verwehren. Im März 1953 lehnten Stalins Nachfolger im Kreml Ulbrichts Wunsch einer endgültigen Grenzschließung ab. Sie argumentierten, dass eine solche Zementierung der Grenze zwischen Ost- und West-Berlin »politisch unannehmbar und allzu einfach« sei. Dieser Schritt würde »zur Störung der vorhandenen Ordnung des städtischen Lebens führen, die Wirtschaft der Stadt in Unordnung bringen« und »bei den Berlinern Bitterkeit und Unzufriedenheit hinsichtlich der Regierung der DDR und der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland hervorrufen« (Außenpolitisches Archiv der Russischen Föderation). Auch würde er Zweifel an den Absichten der DDR und der UdSSR säen, »für die Vereinigung Deutschlands« einzutreten und »die Beziehungen der Sowjetunion zu den USA, England und Frankreich [...] nur komplizieren, was wir vermeiden können und müssen«. Die Sowjets waren sich darüber im Klaren, welche schwerwiegenden Konsequenzen für und Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen und die Reputation des Landes eine solche Grenzschließung haben musste. Stattdessen bedrängten sie Ulbricht, er möge seinen bislang kompromisslosen in-



Reahna Shuff

Hope M. Harrison

(* 1963) ist Professorin für Geschichte und Internationale Beziehungen an der George Washington University, Washington, D.C. Bei *Propyläen* erschien 2011: *Ulbrichts Mauer: Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach.*

hopeharr@googlemail.com

nenpolitischen Kurs moderater gestalten und aus der DDR einen attraktiveren Lebensraum für seine Bürger machen.

Kreml-Widerstand gegen Ulbrichts Führungsstil

Mitte der 50er Jahre leierte die Sowjetführung politische Reformen im eigenen Land und in den sowjetischen Satellitenstaaten in Osteuropa an, um die kommunistischen Regime, unter anderem auch die DDR, neu zu beleben. Mit ihrem »Neuen Kurs« »zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik« im Juni 1953 und infolge der Geheimrede Chruschtschows 1956, in der er mit der kompromisslosen Politik Stalins und dem stalinistischen Personenkult abrechnete und eine friedliche Koexistenz mit dem Westen einforderte, beurteilte die sowjetische Führung den harschen politischen Führungsstil Ulbrichts sehr kritisch, sah sie in ihm doch einen der Gründe für die Massenflucht vieler DDR-Bürger gen Westen. Sie verlangte eine gründliche poli-

tische Kurskorrektur und unterstützten gar den SED-Widerstand gegen Ulbricht um Rudolph Hernstadt und Wilhelm Zaisser 1953 und um Karl Schirdewan und Ernst Wollweber 1956-1957. Beide Male allerdings schwenkte die Sowjet-Führung in letzter Minute um und stützte Ulbricht in der Angst, dass seine Absetzung allen Beteiligten schaden und zur Instabilität der DDR beitragen würde.

Die Sowjets kritisierten Ulbricht wiederholt, weil er das Problem der Republikflucht nicht ernst genug nahm und sich in ihren Augen zu sehr auf »administrative und repressive Maßnahmen« zur Problemlösung konzentrierte. Sie forderten ihn auf, nicht in Gänze über das Volk hinweg zu regieren und auf die SPD Westdeutschlands zuzugehen, um eine »Einheitsfront« der Arbeiterklasse gegen Konrad Adenauer zu bilden, wie der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin, Georgiy Puschkin, im Frühling 1956 berichtete. Der stellvertretende sowjetische Außenminister Sozin forderte wenige Tage nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 die DDR auf, ihre scharfe Kampagne gegen die Bundesrepublik zu mäßigen und eine Zusammenarbeit mit der SPD anzustreben. Ulbricht hingegen war an keinem dieser Vorschläge bzw. Forderungen interessiert und betonte auf dem 28. Plenum des ZK der SED: »Wir stehen an der vordersten Stelle. Wir sind das am weitesten im Westen befindliche Land des sozialistischen Lagers. Wir können uns solche Dinge nicht erlauben.« Das Risiko des Machtverlusts beurteilte Ulbricht wahrscheinlich realistischer als Chruschtschow, und der Machterhalt um jeden Preis stand stets im Zentrum seines politischen Handelns.

Ulbricht führte also seinen stalinistischen Führungsstil fort und offenbarte seine maßlose Arroganz nicht nur im Umgang mit SED-Kollegen, sondern auch mit der Kremlführung. So teilte er Chruschtschow in einem Brief vom 18.1.1961 mit, dass ausschließlich die Sowjetunion durch ihre

Politik der Wiedergutmachung Schuld an der miserablen Wirtschaftslage der DDR trage. Demgegenüber sei in der BRD durch die »Milliardenhilfe der USA« eine deutlich stärkere wirtschaftliche Entwicklung ausgelöst worden. Die resultierende wirtschaftliche Ungleichheit sei »der Hauptgrund dafür, dass im Verlaufe von zehn Jahren rund zwei Millionen Menschen unsere Republik verlassen haben«. Als Ausgleich für diese ungleichen Startchancen forderte Ulbricht von der Sowjetunion konkrete Hilfe, etwa stärkere Unterstützung im finanziellen bzw. wirtschaftlichen Bereich oder beim Bau der Berliner Mauer. Da Chruschtschow die negativen Auswirkungen einer Grenzschließung abwenden wollte, versuchte er das West-Berlin-»Problem« dadurch zu lösen, dass er die Westmächte zur Aufgabe West-Berlins zwingen wollte.

1958 entzündete Chruschtschow eine Berlin-Krise, indem er offen den Konflikt mit den Westmächten suchte und die Transformation des Westens Berlins in eine »freie Stadt« forderte. Auf diese Weise hoffte Chruschtschow, den Anreiz des »Schau-fensters West-Berlin« aus dem Weg zu schaffen, der nach seinem Dafürhalten DDR-Bürger zur Republikflucht ermunterte. Sollte der Westen einer »freien Stadt« West-Berlins nicht zustimmen und keinen Friedensvertrag mit einem vereinten Deutschland oder den beiden Staaten eines geteilten Deutschlands schließen, drohte Chruschtschow mit einen Separatfrieden mit der DDR und der Übertragung der vollen Souveränität über das DDR-Territorium an die SED-Führung, die Hoheit über die Zugangswege nach West-Berlin inklusive. Ulbricht dagegen glaubte nie an eine Einigung der Westmächte mit Chruschtschow in Bezug auf eine »freie Stadt« oder einen Friedensvertrag. Der Erste Sekretär des Zentralkomitees wurde zunehmend ungeduldig mit der Kremlführung. Ihre Art, das Flüchtlingsproblem der DDR zu lösen und ihre »unnötige Duldsamkeit« gegenüber dem Westen frustrierten Ulbricht.

Im letzten Jahr vor dem Beginn des Mauerbaus begann Ulbricht zunehmend, die Vorgänge an der Sektorengrenze in seine eigenen Hände zu nehmen. Sowjetische Diplomaten schickten streng geheime Berichte aus der Ost-Berliner Botschaft nach Moskau, die vor einer von Ulbricht geplanten unilateralen Grenzschließung warnten. Die eigentliche Ost-West Krise über Berlin spiegelte sich in einer Krise zwischen den kommunistischen Alliierten.

Grenzschließung gegen sowjetische Widerstände?

Im September 1960 führte die DDR dann plötzlich strengere Einreisebedingungen an den Grenzübergängen nach Ost-Berlin für West-Berliner, Zivilisten und Offizielle aus den USA, Frankreich und Großbritannien ein. Die Sowjets waren im Vorfeld von dieser Maßnahme nicht informiert worden und hätten dieser mit Sicherheit nicht zugestimmt. Der Kreml zeigte sich »erstaunt« und »sehr besorgt« und bestand darauf, wenigstens über zukünftige Schritte informiert zu werden, wie Briefe des stellvertre-

tenden Außenministers Johannes König an Ulbricht vom 23. und 27.9.1960 belegen. Der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin, Mikhail Perwuchin, informierte Moskau in seinem jährlichen Bericht über die DDR Ende 1960, dass die West-Berlin-Politik der DDR nicht nur »in der Regel einseitig«, sondern »in erster Linie administrativer Art« sei, etwa »alle möglichen Beschränkungen des Verkehrs zwischen beiden Teilen der Stadt« durchsetze. Ein anderer Offizieller der Sowjetischen Botschaft berichtete, die DDR strebe »die Aufhebung der Bewegungsfreiheit über die Sektorengrenze« an und schlug vor, »auf entsprechender Ebene mit unseren Freunden über die Frage des Regimes an der Sektorengrenze in Berlin zu sprechen«.

Infolge dessen unterrichtete Chruschtschow Ulbricht per Brief am 24.10.1960 und auch persönlich, dass »keine Maßnahmen durchgeführt werden, welche die Situation an der Grenze von West-Berlin ändern würden«. Der Sowjetführer strebte ein Gipfeltreffen mit dem neugewählten amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy an, bei dem er hoffte, diesen von einem Friedensvertrag und der Transform-

mation West-Berlins in eine »freie Stadt« überzeugen zu können. Er bestand laut einer Zusammenfassung des Botschafters Perwuchin zum Treffen von Chruschtschow und Ulbricht am 30.11.1960 darauf, dass Ulbricht im Vorfeld dieses angedachten Gipfeltreffens »keine einseitigen Schritte [...] unternimmt [...]. Dies betrifft vor allem das Kontrollregime für die Überquerung der Sektorengrenze in Berlin.«

Nichtsdestotrotz verfolgte Ulbricht verstärkt den Plan, die Bewegungsfreiheit über die »offene Grenze« einzudämmen, vor allem die der ostdeutschen Flüchtlinge. Im Januar 1961 ernannte er eine Politbüro-Kommission, bestehend aus Sicherheitschef Erich Honecker, Innenminister Karl Maron und Stasichef Erich Mielke, »die eine Reihe Vorschläge macht, wie die Republikflucht entschieden eingedämmt wird [...]. Sie muss zum großen Teil abgestoppt werden.« Im März erklärte Ulbricht gegenüber den Alliierten der DDR während eines Treffens der Warschauer-Pakt-Staaten in Moskau: »West-Berlin stellt [...] ein großes Loch inmitten unserer Republik dar, das uns jährlich mehr als eine Milliarde Mark kostet.«

Ungeachtet Chruschtschows Mahnung, vor seinem Treffen mit Kennedy Anfang Juni in Wien, keine weiteren aggressiven Maßnahmen gegen den Flüchtlingsstrom zu ergreifen, wurde der auf Ulbricht lasende Handlungsdruck immer größer. Am 19. Mai teilte Botschafter Perwuchin Außenminister Gromyko mit, dass die Ostdeutschen eine sofortige Schließung der Sektorengrenze verlangten und dem sowjetischen Kurs nicht folgten: »Unsere Freunde würden gerne jetzt eine Kontrolle an der Sektorengrenze [...] einführen, [um] die Tür in den Westen« zu schließen und so die Abwanderung der Bevölkerung aus der Republik zu verringern [...]. [U]nsere deutschen Freunde [sind] manchmal ungeduldig und nehmen eine einseitige Haltung zu diesen Problemen ein [...]. Ein Beweis dafür sind zum Beispiel ihre Anstrengungen, den freien Verkehr zwischen der

DDR und West-Berlin so bald wie möglich mit allen Mitteln zu unterbinden [...].«

Chruschtschow schwenkt um

Beim Gipfeltreffen in Wien kam es dann genau so, wie Ulbricht vermutet hatte: Kennedy stimmte weder Chruschtschows Plänen einer »freien Stadt« West-Berlin noch einem Friedensvertrag zu. Im Zuge der Berlinkrise, die infolge des gescheiterten Gipfels weiter schwelte, machte sich Torschlusspanik breit, die den Druck auf Ulbricht, die Berliner Grenze endgültig zu schließen, nur noch erhöhte. Waren im Mai 17.791 Ostdeutsche geflohen, so stieg diese Zahl im Juni auf 19.198, und in den ersten beiden Juliwochen lag sie bereits bei 12.578. Ulbricht ließ laut Julij Kwizinskis *Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten* über Botschafter Perwuchin an Chruschtschow übermitteln: »Wenn die gegenwärtige Situation der offenen Grenze weiter bestehen bleibe, sei der Zusammenbruch unvermeidlich.«

Ende Juli gab Chruschtschow schließlich Ulbrichts Forderungen nach, die Grenze nach West-Berlin zu schließen. Als die beiden Staatsobersten Anfang August Details der Grenzschießung besprachen, war Chruschtschow überrascht, wie fortgeschritten die Pläne Ulbrichts zur Grenzschießung bereits waren. Der Sowjetführer sicherte Ulbricht die geballte sowjetische Unterstützung zu, notfalls durch das Militär. Obwohl Ulbricht nicht die nötigen militärischen Ressourcen für die Berliner Grenzschießung zur Verfügung standen und er auf sowjetische Unterstützung angewiesen war, war es doch der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, der den Bau der Berliner Mauer auf die Agenda setzte und lange für ihn kämpfte. Die Politik und Persönlichkeit Walter Ulbrichts waren für die Errichtung der Berliner Mauer von entscheidender Bedeutung.

(a. d. Englischen von Tobias Konitzer.)